



Steinkohlekraftwerk am Niederrhein

ALFRED BUELLESBACH / VISUM

STEAG

Remondis trickst sich selbst aus

Mit unkonventionellen Methoden versucht Deutschlands größtes Entsorgungsunternehmen Remondis in den Strommarkt einzusteigen. Konkret geht es um den Verkauf eines 51-prozentigen Anteils an der Evonik-Kraftwerkstochter Steag. Ursprünglich bot Remondis dafür rund 3,7 Milliarden Euro, senkte dann aber sein Gebot ohne Begründung um 200 Millionen Euro – und wurde deshalb von Evonik aus dem Bieterkreis ausgeschlossen. Damit will sich der Müllspezialist aus Lünen jedoch offenbar nicht abfinden. Er mobilisierte nicht nur zahlreiche Politiker, sondern platzierte in der vergangenen Woche auch eine neue Offerte – und zwar am offiziellen Bieterverfahren vorbei und mit einem um 250 Millionen Euro erhöhten Kaufpreis. Das sei ein „arrogantes und unanständiges“ Verhalten, schimpfen Beteiligte. Bei Evonik gilt es als unwahrscheinlich, dass Remondis doch noch zum Zuge kommt. Am 16. Dezember soll der Evonik-Aufsichtsrat über den Steag-Verkauf entscheiden. Favorit ist ein Konsortium aus Ruhrgebietsstadtwerken wie Dortmund, Essen, Bochum und Duisburg. Ausgestattet mit den zehn Steag-Kraftwerken, könnten sie einen ernstzunehmenden Wettbewerber zu den vier großen Stromversorgern aufbauen.

FACHKRÄFTE

Erleichterung für Ausländer

Die CDU will es ausländischen Fachkräften einfacher machen, in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Das geht aus einem Eckpunktepapier hervor, auf das sich die Fachpolitiker der Bundestagsfraktion vor einem Koalitionstreffen an diesem Donnerstag geeinigt haben. Der CDU-Plan sieht

Erleichterungen bei der Unternehmensgründung, bei studentischen Nebenjobs und beim Genehmigungsverfahren der Bundesagentur für Arbeit vor. Die Verbesserungen sollen auch für Angehörige gelten. Festgehalten wird hingegen an der Vorschrift, dass Zuwanderer aus Staaten außerhalb der Europäischen Union mindestens 66 000 Euro im Jahr verdienen müssen, um sich niederlassen zu dürfen. Damit stellt sich die Bundestags-CDU gegen noch weitergehende Forderungen des Koalitionspartners FDP. Auch CDU-

WOHNUNGSBAU

Ende der Flaute

Nach dreijähriger Flaute werden in Deutschland erstmals wieder deutlich mehr Wohnungen und Häuser gebaut. Nach der jüngsten Hochrechnung der Landesbausparkassen (LBS) steigt die Zahl der Baugenehmigungen bis zum Jahresende im Vergleich zu 2009 um acht Prozent auf 192 000. Für 2011 erwarten die Bausparkassen eine weitere Steigerung auf 215 000 Genehmigungen. Grund für den Anstieg ist nicht nur die gute Wirtschaftslage, sondern auch das knapper werdende Angebot von gebrauchten Immobilien, wie LBS-Verbandsdirektor Hartwig Hamm sagt. Die meisten Neubauten dienen der Bildung von Eigentum. „Mehr als zwei Drittel der zusätzlich auf den Markt kommenden Wohneinheiten sind Eigenheime und Eigentumswohnungen.“ Die Nachfrage mache sich nicht nur in den süddeutschen Ballungsräumen, sondern auch an anderen Orten bemerkbar. Trotzdem liegt die Zahl der Genehmigungen noch unter dem Niveau von 2006.



Reihenhaussiedlung in Brandenburg

EUROUIF/BLD.DE / VISUM

Wirtschaftspolitiker sowie mehrere Ländervertreter um Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) schlagen vor, das Mindesteinkommen auf 40 000 Euro zu senken. Dagegen hat jedoch die Schwesterpartei CSU ihr Veto eingelegt. Sie will einem Punktesystem bei der Zuwanderung, wie es die FDP fordert, keinesfalls zustimmen und an der bisherigen Einkommensgrenze festhalten. Am Montag wollen die Christsozialen diese Haltung in einem Vorstandsbeschluss noch einmal bekräftigen.